

Generalsekretär Peter Hintze:

Blockaden von Schienen und Straßen müssen strafbar bleiben

Rechtsunsicherheit hatte Generalsekretär Peter Hintze in einer ersten Stellungnahme Mitte März zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts befürchtet, wonach Sitzblockaden von Demonstranten nicht mehr als Nötigungstatbestand zu ahnden seien.

Die gewaltsamen Versuche, die von der Bundesregierung genehmigten Castor-Transporte in das Zwischenlager Gorleben zu verhindern, haben zu einem unerwartet frühen Zeitpunkt gezeigt, wie begründet diese Befürchtung war und in welchem Maße Rechtsunsicherheit den Rechtsfrieden stört.

Schon deshalb muß die Forderung des Generalsekretärs von Mitte März wiederholt werden, zur Wahrung des Rechtsfriedens die Strafvorschriften zu präzisieren und sicherzustellen, daß „die willkürliche Einschränkung von Freiheitsrechten durch Blockaden von Schienen und Straßen strafbar bleibt“.

Darüber hinaus ist in Zukunft aber auch sicherzustellen, daß vor allem für die Polizei absolute Rechtsklarheit bei der Ausübung ihrer polizeilichen Befugnisse besteht.

UID-
EXTRA

Rita Süsmuth: Vergessen heißt Flucht. Erinnern an den 8. Mai 1945.

HEUTE AKTUELL

- **Niedersachsen**
Schröder und Griefahn haben die Gewalt in Gorleben zu verantworten. Seite 2
- **Bremen**
PDS-Offensive. Seite 5
- **Drogen**
Staatliche Heroinabgabe wäre Resignation und Rückschritt. Seite 8
- **Ausbildung**
Handwerk in den neuen Ländern steigert Lehrstellenangebot. Seite 10
- **Medien**
Rundfunk und Fernsehen: Weitere Erhöhung der Gebühren unzumutbar. Seite 11
- **Europa**
Europapolitische Leitlinien der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament. Seite 12
Leni Fischer: Europarat und EU institutionell miteinander verknüpfen. Seite 14

Schröder und Griefahn haben die Gewalt in Gorleben zu verantworten

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Kurt-Dieter Grill (Dannenberg) hat am 26. April im Bundestag schwere Vorwürfe gegen die Niedersächsische Landesregierung erhoben und Ministerpräsident Schröder und Umweltministerin Monika Griefahn für die Gewalt im Zusammenhang mit Gorleben unmittelbar verantwortlich gemacht.

Die hemmungslose Agitation der Landesregierung gegen den Castor-Transport, die im krassen Gegensatz zu den Fakten

stand, habe die Menschen und ihre Ängste rücksichtslos für die politischen Ziele instrumentalisiert. Sie führe zu einer scheinbaren Legitimation jeglicher Art von Widerstand. Ministerpräsident Schröder habe, so Grill, am Ende die Polizei gegen jene Menschen eingesetzt, die Schröder selber aufgefordert hatte, für ihn auf die Straße zu gehen.

Ein hohes Maß an Verlogenheit warf der CDU-Bundestagsabgeordnete auch den Grünen vor. Die Grünen hätten als Regie-

Fakten zum Castor-Transport

● **Zwischen 1990 und 1994** – also unter rot-grüner Regierungsverantwortung – sind über 50 Castor-Transporte von niedersächsischen Kernkraftwerken nach Sellafeld und nach La Hague gelaufen, ohne daß irgend jemand sie angehalten hätte – und zwar mit der Zustimmung von Griefahn, Schröder und Trittin.

● **Im April 1994**, nachdem Gerhard Schröder gebeten hatte, den Transport nach Gorleben nicht vor der Landtagswahl durchzuführen, ist die GNS bei Innenminister Glogowski gewesen. Dieser hat dem Castor-Transport nach Gorleben zugestimmt.

● **Am 21. Juni 1994** hat der zuständige Beamte aus dem niedersächsischen Umweltministerium das Zwischenlager in Gorleben kontrolliert. Am 23. 6. 1994 erhielt der baden-württembergische Umweltminister Harald B. Schäfer ein Schreiben aus Niedersachsen, in dem stand: Das Zwischenlager in Gorleben entspricht in allen seinen

Tatbeständen der Genehmigung. Der Castor aus Baden-Württemberg kann kommen.

● **Am 19. November 1994** forderte Schröder in einer ganzseitigen Zeitungsanzeige die Menschen auf, auf die Straße zu gehen, weil er allein den Castor-Transport nicht verhindern könne.

● **Ende Februar 1995** hat die GNS Glogowski gefragt, wann denn der Castor gebracht werden dürfe. Darauf hat Glogowski den 24. April genannt. Die Gespräche über den Energiekonsens in der Bonner Landesvertretung Niedersachsens hat Schröder ebenfalls auf den 24. April gelegt, wohl wissend, daß an diesem Tag der Castor kommt.

Fazit: Schröder und Griefahn haben die Menschen auf die Straße gebracht, haben sie verunsichert, haben ihre Ängste instrumentalisiert – und lassen die Menschen heute alleine.

rungspartei in Niedersachsen von 1990 bis 1994 über 50 Castor-Transporte aus Niedersachsens Kernkraftwerken laufen lassen. Der grüne Umweltminister von Plottnitz hatte im Januar 1995 jährlich drei Transporte aus Biblis angekündigt. Des weiteren hat Joschka Fischer 1993 die Rücknahme von defekten Castor-Behältern aus Gorleben und Biblis garantiert.

Nach Auffassung von Grill belegen diese Fakten, daß die Horrorszenarien der Politiker von Rot und Grün im krassen Widerspruch zum realen Verhalten der Politiker von Joschka Fischer bis zu Gerhard Schröder stehen.

Die Ängste der Menschen sollten gegen die Bundesregierung instrumentalisiert werden, Gorleben sollte zum Symbol des Ausstieges aus der Kernenergie werden.

Grill stellte fest, Ministerpräsident Schröder habe den Kernkraftgegnern im entscheidenden Augenblick gezeigt, daß sie nur solange auf ihn zählen können, wie er sie für seine Machtpolitik braucht. Er kämpfe weder für die Menschen noch gegen die Kernenergie. Er kämpfe nur für sich selbst und das noch oft ohne Grundsätze.

Der CDU-Politiker dankte der Polizei des Bundes und der Länder, die mit Besonnenheit und Klarheit das Recht und die Demokratie durchgesetzt haben.

Kommentar

Absurdes Theater

Der Kampf um den Castor war ein absurdes Theater von haarsträubendem Ausmaß. Daß der Castor in den vergangenen Monaten überhaupt derartiges Gewicht bekam, hat die niedersächsische Landesregierung nicht zuletzt sich selbst zuzuschreiben. Immer wieder, bis zur letzten Minute, hat sie das Thema politisch hochgezogen.

Noch vorige Woche machte Gerhard Schröders Sprecher Uwe-Karsten Heye dunkle Andeutungen, wonach die Landesregierung „Mittel und Wege“ habe, den Castor noch in letzter Minute zu stoppen. Als der Ministerpräsident sah, daß nichts mehr zu machen war, hörte das Tauziehen um den Castor sehr unvermittelt auf. Hinter dem Rücken der Demonstranten ließ das politische Schwergewicht Schröder das Seil los – mit der Folge, daß die vielen kleinen Atomkraftgegner haltlos durch die Gegend purzelten.

In Wahrheit war die Verzögerung des Castor-Transports nur eine Karte im großen energiepolitischen Pokerspiel. Schröder hat sie ausgespielt, sie stach aber nicht.

Hannoversche Allgemeine

Claire Marienfeld erhielt Ernennungsurkunde

Die neue Wehrbeauftragte des Bundestags, Claire Marienfeld, hat am 28. April in Bonn von Parlamentspräsidentin Rita Süßmuth ihre Ernennungsurkunde überreicht bekommen. Gleichzeitig legte die 55jährige Politikerin ihr Bundestagsmandat nieder. Sie übernimmt ihr Amt von Alfred Biehle, der sich fünf Jahre lang um die

Belange der Soldaten gekümmert hatte. Am 11. Mai soll Marienfeld vor dem Bundestag vereidigt werden. Bundesverteidigungsminister Volker Rühe hat ihr eine „gute, offene und kollegiale Zusammenarbeit“ angeboten und zugesagt, sie bei ihrer Tätigkeit zum Wohl der Soldaten zu unterstützen.

Bürgermeister und Kämmerer, nutzt Eure Chance

Zur Unternehmensteuer- und Gemeindefinanzreform erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Peter Repnik:

Mit dem Jahressteuergesetz 1996 wollen die Fraktionen von CDU/CSU und FDP und die von ihr getragene Bundesregierung die deutschen Unternehmen von der Gewerbesteuer ganz befreien und die Gewerbeertragsteuer mittelstandsfreundlich senken. Zum Ausgleich der Einnahmeausfälle bei den Kommunen sollen diese an der Umsatzsteuer beteiligt werden.

Unverständlicherweise laufen die Länder und die meisten Kommunalverbände Sturm gegen die Vorschläge. Diese Reform setzt schließlich uralte Wünsche der Wirtschaft und der Gemeinden um. Die Gewerbebetriebe leiden seit jeher im internationalen Vergleich unter der im Ausland weitgehend unbekanntem Gewerbesteuer. Insbesondere die Gewerbesteuer ist von Übel, weil sie in ertragschwachen Jahren substanzverzehrend wirkt. Ertragschwache Jahre bringen auch die Gemeindegemeinder in Not, weil die Gewerbe-

ertragsteuer so konjunkturabhängig ist. Zudem ist die Berechnung der Besteuerungsgrundlagen noch sehr kompliziert.

Für Wirtschaft und Finanzverwaltung in den neuen Ländern wäre es fatal, wenn die derzeit dort ausgesetzte Gewerbesteuer vorschriftsmäßig 1996 eingeführt werden müßte.

Die geplante Reform hilft also allen: Die Betriebe zahlen weniger Steuern. Die Gemeinden dagegen bekommen Einnahmen aus einer dynamisch wachsenden, nahezu konjunkturunempfindlichen Steuer. Die Steuerverwaltung wird entlastet, weil es auch Vereinfachungseffekte gibt. Viele Sachverständige haben alle diese Tatsachen in der Anhörung des Finanzausschusses zum Jahressteuergesetz bestätigt.

Es gilt also, die Chance zu nutzen: Die Kommunen und die SPD-regierten Länder sollten ihre starre Verweigerungshaltung endlich aufgeben. Die Reform muß kommen. Es kann allerdings noch Änderungen im Hinblick auf eine gerechte Übergangslösung bis zum Inkrafttreten der endgültigen Umsatzsteuerverteilung geben.

Vorteile für die Gemeinden

Zur Anhörung im Rechtsausschuß zur Frage der Änderung des Artikels 106 Grundgesetz erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Norbert Geis:

Die im Gesetzentwurf vorgesehene Möglichkeit, die Gemeinden am Umsatzsteueraufkommen zu beteiligen, ist verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden und bringt den Gemeinden ausschließlich Vorteile.

Durch die Einfügung eines Absatzes 5a in Artikel 106 Grundgesetz können die Gemeinden erstmals an dem mit geringen Schwankungsbreiten stabilen Umsatzsteueraufkommen beteiligt werden, wenn es zu einer Verringerung ihrer Einnahmen aus der Gewerbesteuer kommt.

Der Bund wäre in Erfüllung seiner Pflichten aus Artikel 28 GG in der Lage, anstehende strukturelle Änderungen bei den Gemeindesteuern zu kompensieren.

PDS-Offensive in Bremen

Die PDS, die in den alten Bundesländern nur wenige Mitglieder hat, wittert ihre große Chance: Mit einer gewaltigen Wahlkampfoffensive will die SED-Nachfolgeorganisation am 14. Mai in die Bremer Bürgerschaft einziehen und damit auch im Westen Fuß fassen.

Zu diesem Zweck mobilisiert die PDS Aktivisten aus Ost-Berlin, Dresden, Chemnitz und Schwerin, die in Bremen und Bremerhaven generalstabsmäßigen Wahlkampf betreiben. „Ein geschickter Schachzug. Nirgendwo können sich die PDS-Strategen so gute Chancen ausrechnen wie in Bremen. Schon zur Bundestagswahl erlangte die Partei dort mit 2,7 % ihr bislang bestes Westergebnis.“ (Der Spiegel, 1. 5. 1995)

Geschulte Parteikader

Ziel der PDS ist eine von ihr tolerierte rot-grüne Minderheitsregierung (Bonner Generalanzeiger, 3. 3. 1995). Aus eigener Kraft können die Bremer PDS-Mitglieder aber nicht bestehen. 67 Mitglieder gibt es dort nur, darunter viele ehemalige DKP-Anhänger. Deshalb schickten die Genossen um Gysi und Brie den PDS-Geschäftsstellenleiter aus Sachsen-Anhalt, Achim Winkelmann, als Wahlkampfleiter. Ihn unterstützen ca. 300 PDS-Mitglieder aus dem Osten, darunter viele geschulte Parteikader. Einer dieser Wahlhelfer war etwa als früheres SED-Mitglied Mitarbeiter der Abteilung Agitation und Propaganda eines SED-Kreisbüros bei Leipzig.

„Dutzende von Parteigenossen aus dem Osten besetzen Info-Stände, kleben Plakate, verteilen Info-Material. „Soli-

darität haben wir doch gelernt“, sagte eine Ost-Genossin. „Früher war es mit Kuba, jetzt ist es mit ‘Bremen.’“

(Der Spiegel, 1. 5. 1995)

Mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger aus Bremen und Bremerhaven hat die PDS nichts im Sinn. Einziges Ziel der herangekehrten Aktivisten ist die Machterweiterung der PDS im Westen.

SPD und Grüne schweigen

Nur die CDU hat dieses Manöver bisher zur Sprache gebracht. SPD und Grüne schweigen sich beharrlich aus. So kommt es zu einer stillschweigenden Tolerierung der PDS-Strategie durch Rot/Grün, die die PDS bei einem Wahlerfolg ihrerseits mit einer Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung vergelten möchte.

Zitat

Öko-Machiavelli

Joschka Fischer, dieser Öko-Machiavelli, bezieht seine Attraktivität aus seiner geradezu erotisch hemmungslosen Fähigkeit zur Machtpolitik und schon lange nicht mehr aus einem großen gesellschaftlichen Entwurf. . . . Der Fischer ist ein praller Genußmensch, mir würden aus meiner Partei dagegen nur Namen einfallen, das sind übellaulige Misanthropen, die Katastrophen-Szenarien beschreiben.

Henning Voscherau, Erster Bürgermeister (SPD) von Hamburg in „Die Woche“ vom 13. April 1995

Neue Solidarität mit den Arbeitslosen

Zum „Tag der Arbeit“ hat der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz-Adolf Hörsken, folgende Erklärung abgegeben:

Der erste Mai steht zur Erinnerung an den grausamen und schweren Weg der Arbeitnehmerschaft zu Gleichberechtigung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Er steht aber auch für die Würdigung der Ergebnisse, die auf diesem Wege erzielt worden sind.

Es ist sinnvoll, sich nach einer langen Zeit wirtschaftlicher Stabilität und sozialen Fortschritts, die auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft in unserem Lande erreicht wurden, daran zurückzuerinnern, daß diese Erfolge genauso wie der Wohlstand, der unsere Republik auszeichnet, nicht vom Himmel gefallen sind. Sie sind Ergebnis ständigen Bemühens unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Kräfte in unserem Lande. Daran knüpft sich nahtlos auch das, was wir im Rahmen der sozialen und wirtschaftlichen Einheit in den letzten fünf Jahren für die neuen Bundesländer erreicht haben.

Der 1. Mai hat nichts an seiner Bedeutung verloren

Allerdings hat der erste Mai bis heute nichts an seiner Bedeutung verloren. Weltweit werden Arbeitnehmern noch immer Menschenrechte verweigert; nach wie vor werden Menschen bei Lohngestaltung und Arbeitsplatzvergabe gegeneinander ausgespielt, Kinder schamlos ausgenutzt. Noch immer haben Frauen gegenüber ihren

männlichen Kollegen bei Einstellung und Entlohnung das Nachsehen. Auch heute werden irgendwo in der Welt noch Gewerkschafter verfolgt und umgebracht. Selbst bei uns werden bis heute Betriebsräte verhindert und behindert. Sie alle haben unsere Unterstützung verdient.

Kampf um Gerechtigkeit in der Arbeitswelt

Der Tag der Arbeit sollte allerdings nicht nur ein Aufruf zur Solidarität mit denjenigen sein, denen gerechter Lohn und menschenwürdige Behandlung am Arbeitsplatz vorenthalten wird. Angesichts der Arbeitslosigkeit in unserem Lande sollten wir uns sehr bewußt solidarisch erklären mit jenen, die keinen Zugang zur Arbeitswelt haben.

Der Kampf um Gerechtigkeit in der Arbeitswelt und damit gegen Willkür und Ausbeutung ist bei unseren in sozialer Partnerschaft bewährten Gewerkschaften in guten Händen. Auch wir Politiker bemühen uns ständig um die Anpassung der Instrumente an die jeweiligen Gegebenheiten zum Schutze der Arbeitnehmer und zur Verbesserung ihrer Stellung im Betrieb und Wirtschaft.

Daß uns die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht nur ein theoretisches Anliegen ist, sondern wir uns tatkräftig um dessen Beseitigung bemühen, beweisen schon allein unsere zahlreich verabschiedeten Programme, die bei Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums sowie bei Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen Wirkung zeigen. Arbeitsplätze jedoch sind

nicht das Ergebnis politischer Entscheidungen. Arbeit entsteht durch unternehmerisches Handeln und auf der Grundlage tariflicher Entscheidungen. Dabei ist heute mehr denn je das Zusammenstehen und das Zusammengehen aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte gegen Klientelpolitik und Gruppenegoismus gefragt. Bereitschaft dazu läßt sich in den Kanzlersgesprächen mit den Spitzen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände ausmachen, sowie in dem gemeinsam von beiden großen Kirchen eingeleiteten Konsultationsprozeß.

Doch sollte der erste Mai heute mehr denn

je zum Appell an die Adresse jedes einzelnen werden, die Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung zum persönlichen Anliegen zu machen. Der Unternehmer ist gefordert, neue Produkte zu schaffen, neue Märkte zu suchen, über Bedarf auszubilden. Der Arbeitsplatzbesitzer muß sich der Frage stellen, auf welchen Zeitanteil seiner beruflichen Tätigkeit er verzichtet, damit neben ihm noch ein anderer beschäftigt werden kann. Der Kommunalpolitiker muß sich der Frage stellen, ob er nicht über die Gründung von Beschäftigungsgesellschaften Sozialhilfebeziehern die Rückkehr in das Arbeitsleben ermöglichen will.

Kanzlerrunde vereinbart Initiative für mehr Selbständigkeit

Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften wollen noch in diesem Jahr eine Initiative für mehr Selbständigkeit und Existenzgründungen starten. Das vereinbarten sie bei ihrem dritten Spitzengespräch zur Beschäftigung bei Bundeskanzler Helmut Kohl am 27. April in Bonn.

Einen Katalog mit konkreten Maßnahmen sollen Experten bis zum nächsten Treffen am 14. Juni, spätestens aber bis zur Fortsetzung der Gespräche nach der Sommerpause erarbeiten.

Wichtig: Meister-BAfÖG

Besonders wichtig sei der bessere Zugang für Firmengründer zu Risiko-Kapital. Dabei sollten auch Steuervorteile für Gewinne aus Risiko-Anlagen geprüft werden. Nötig seien zudem Er-

leichterungen bei der Erbschaftssteuer und das Meister-BAfÖG. Die Beratung für Firmengründer durch öffentliche Wirtschaftsförderung solle gebündelt werden. Auf den Prüfstand kämen die Barrieren für den Berufszugang und die Förderung für Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen.

Schwerpunkt Lehrstellen

Zweiter Schwerpunkt der Kanzlerrunde war erneut die Lage auf dem Lehrstellenmarkt. Helmut Kohl betonte, dieses Thema habe für ihn absolute Priorität. Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers wies darauf hin, daß die derzeit diskutierte Lehrstellenlücke auf Zahlen von Ende März beruhe. Für eine Bilanz der Mitte März in der Kanzlerrunde vereinbarten Ausbildungsplatzgarantie sei es noch zu früh.

Staatliche Heroinabgabe wäre Resignation und Rückschritt

Zur Absetzung der Debatte über den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes erklärte am 27. April Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer:

Spätestens seit gestern stellt sich die Frage, ob die von der Bundesratsmehrheit eingebrachte Initiative zur Vergabe von Heroin an sogenannte Schwerstabhängige ernst gemeint oder nur ein politisches Manöver gegen die Drogenpolitik der Bundesregierung ist, hinter dem letztendlich niemand steht. Zu hoffen bleibt, daß die Bundesratsmehrheit selbst an der Sinnhaftigkeit ihres Gesetzentwurfs zweifelt.

Zum zweiten Mal konnte ein Gesetzentwurf des Bundesrates im Bundestag nicht beraten werden, weil kein Vertreter der Länder anwesend war. Schon in der vorigen Legislaturperiode scheiterte daran eine Beratung im Gesundheitsausschuß des Bundestages und mußte vertagt werden. Ein derartiges Verhalten ist verantwortungslos.

Der Bundesrat will mit seinem Gesetzentwurf in Städten mit mehr als 500.000 Einwohnern auf fünf Jahre befristete Modellversuche mit der kontrollierten Abgabe beispielsweise von Heroin ermöglichen. Durch den Gesetzentwurf soll die zuständige Bundesbehörde verpflichtet werden, Erlaubnisse für solche Modellversuche zu erteilen, soweit die oberste Gesundheitsbehörde eines Landes dies für erforderlich hält und begründet.

Die Bundesregierung lehnt den Gesetzentwurf schon deshalb ab, weil entsprechende Erlaubnisse bereits nach dem geltenden Recht erteilt werden können, wenn ein wissenschaftliches oder ein anderes öffentliches Interesse vorliegt. Ein solches

Interesse besteht nach Überzeugung der Bundesregierung nicht; deshalb will die Länderkammer mit ihrem Gesetzentwurf die Prüfung des öffentlichen Interesses streichen.

Modellversuchen mit Heroin muß eine klare Absage erteilt werden. Die Drogenpolitik der Bundesregierung zielt darauf ab, Drogenabhängigen mit dem Ziel des Ausstiegs aus der Sucht zu helfen und Gefährdete, vor allem junge Menschen, vor dem Einstieg in den Drogenkonsum bestmöglich zu schützen. Beides ist mit einer staatlichen Verabreichung von Heroin nicht zu erreichen.

Prävention würde fragwürdig

Vielmehr ist zu befürchten, daß dies zu einem weiteren Anstieg der Zahl der Süchtigen führen wird, daß viele Abhängige die Zugangsvoraussetzungen zu staatlichem Heroin zu erfüllen suchen und daß Drogengefährdete, also gerade schutzbedürftige Menschen unserer Gesellschaft, wie labile Kinder, kurzfristig enttäuschte Jugendliche und Menschen in seelischen Krisen, die Anzahl der Abhängigen nur vergrößern. Die Prävention gegen Drogenmißbrauch würde insgesamt fragwürdig.

Die Bundesregierung fordert die Ländermehrheit im Bundesrat daher auf, sich nicht durch staatliche Heroinvergabe aus der finanziellen Verantwortung zu ziehen, sondern die niederschweligen Hilfen und Betreuungseinrichtungen für Abhängige, die Entzugsplätze in Kliniken, die drogenfreien Therapieangebote und die Methadonsubstitution qualifiziert zu verbessern. Fast alle diese Angebote sind überlaufen und überfüllt und ihre Möglichkeiten zur Hilfe für Abhängige und zum Ausstieg aus

der Abhängigkeit noch längst nicht ausgeschöpft.

Staatliche Heroingabe wäre Resignation und Rückschritt im Kampf gegen die Drogen. Der Gesetzentwurf der Bundesratsmehrheit sollte, da er offensichtlich nicht ernsthaft vertreten wird, schnellstens zurückgezogen werden. Das würde schädliche Irritationen in der Öffentlichkeit beseitigen, die Glaubhaftigkeit der Prävention stärken und der notwendigen Gemeinsamkeit in der Drogenpolitik dienen.

Nichts anderes als ein medizinischer Versuch am Menschen

„Der Weg der staatlichen Heroingaben widerspricht dem obersten Ziel, für ein Leben ohne Drogen einzutreten“ - als drogenpolitischer Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion verurteilte der Bundestagsabgeordnete Hubert Hüppe im Deutschen Bundestag die Initiative des Landes Hamburg im Bundesrat, Heroin unter staatlicher Kontrolle an Süchtige abzugeben.

Die von den hauptsächlich SPD-geführten Ländern geforderte kontrollierte Abgabe

von Heroin stellt ein Experiment dar, das nichts anderes ist als ein medizinischer Versuch am Menschen, der möglicherweise sogar tödlich enden kann, erklärte der christdemokratische Drogenexperte die Folgen des Änderungsantrages für das Betäubungsmittelgesetz.

Mehr Therapieplätze

Er fordert hingegen den weiteren Ausbau von Therapieplätzen. Wenn es stimmt, daß unter den Drogentoten fünf bis zehn Prozent aus einer Warteliste für einen Therapieplatz standen, dann wünschte ich mir, daß die Länder, die jetzt die kontrollierte Freigabe so vehement fordern, genausoviel Einsatz für mehr Therapieplätze, Nachsorgeeinrichtungen und differenzierte drogenfreie Angebote zeigen würden, führte Hüppe aus.

Der Entwurf des Landes Hamburg wäre ein Zeichen von „Hilflosigkeit und Aktionismus ohne erkennbare Erfolgsaussichten“, schlußfolgerte Hüppe für seine Fraktion. So würden nicht nur die Drogen leichter verfügbar, und es gäbe nicht nur mittelfristig mehr Drogeneinsteiger, sondern es würden durch die Duldung der Heroingabe auch die Präventionsmaßnahmen in Frage gestellt und die Motivation zum Ausstieg würde weiter sinken.

Internationale Jugendbegegnung in Dublin

Der Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. veranstaltet vom 13.-23. August 1995 eine internationale Jugendbegegnung in Irland. Das Angebot richtet sich an alle im Alter von 16 bis 26 Jahren. Vorgesehen sind sowohl historisch-kulturelle als auch bildungspolitische Programme, d. h. neben einer ausführlichen Stadterkundung und verschiedenen Besichtigungen, z. B. des ang-

likanischen und katholischen Bischofssitzes oder des Nationalmuseums, werden wir ebenfalls einen Besuch im Jugendzentrum abstaten.

Nähere Informationen:

Frischluft e.V.
Annaberger Str. 283
53175 Bonn
Tel. (02 28) 31 00 23
Fax (02 28) 31 47 03

Handwerk in den neuen Ländern steigert Lehrstellenangebot

Die Handwerkskammern in Ostdeutschland rechnen auch in diesem Jahr mit einer weiteren Steigerung der neu abgeschlossenen Lehrverträge.

Das unterstrich der Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH), Hanns-Eberhard Schleyer, vor der Presse in Berlin. Das Handwerk warne deshalb davor, die Jugend durch das Gerede von einer drohenden Lehrstellenkatastrophe zu verunsichern.

Aufgrund der Erfahrungen in den vergangenen Jahren seien in den Handwerkskammern auch 1995 umfangreiche Aktivitäten zur Steigerung des Lehrstellenangebotes eingeleitet worden. Hierzu gehöre insbesondere der Einsatz von „Lehrstellenwerbern“.

Der ZDH-Generalsekretär kündigte an, daß mit finanzieller Unterstützung des Bundesministers für Wirtschaft bei den 15 Handwerkskammern der neuen Länder 53 zusätzliche Lehrstellenwerber eingestellt werden, die in den kommenden Monaten nicht ausbildende Betriebe für die Ausbildung von Lehrlingen gewinnen wollen und ausbildende Betriebe für die Bereitstellung von zusätzlichen Lehrstellen.

Ergänzt würden diese Aktivitäten etwa durch Lehrstellenbörsen, den Einsatz von Ausbildungsberatern, Tagen der Offenen Tür, Schnupperlehren. Ziel sei es, die Zahl der neuen Lehrverträge im Handwerk noch einmal um rd. 10 Prozent von 50.000 auf 55.000 zu steigern. Dabei sei zu berücksichtigen, daß bei Steigerungsraten von bis zu 20 Prozent in den vergangenen Jahren viele Betriebe auch über den Bedarf ausgebildet hätten.

Auch im Westen sei kein Anlaß zur Schwarzmalerei, betonte Hanns-Eberhard

Schleyer. So weise die Berufsberatungsstatistik der Bundesanstalt für Arbeit nach, daß insbesondere in den Fertigungsberufen - zu denen vorrangig die Lehrstellen des Handwerks zählten - immer noch ein Überhang an gemeldeten Lehrstellen gegenüber gemeldeten Bewerbern bestehe.

Deshalb gehe das Handwerk auch im Westen Deutschlands von einer Steigerung der neu abgeschlossenen Lehrverträge aus. Das gelte um so mehr, als im Handwerk nach wie vor qualifizierte Fachkräfte gesucht und in der Regel nur über Ausbildung gewonnen werden könnten.

Mit Nachdruck setzte sich Schleyer dafür ein, das Gesetz zur finanziellen Förderung der Aufstiegsfortbildung umgehend zu verwirklichen, damit mehr qualifizierte Gesellen ihre Meisterprüfung ablegen können. Der Besuch von Meisterkursen gehe stark zurück, die „Unternehmerlücke“ im Handwerk werde größer, die Zahl der potentiellen Ausbildungsbetriebe kleiner. Dem müsse auch der Gesetzgeber rasch und entschieden entgegenwirken.

Zitat

Ich glaube nicht, daß wir ein Programm-Problem haben. Eher mag niemand so recht glauben, daß unsere Programme ernst gemeint sind, von allen getragen und vor allem im Falle einer Regierungsübernahme auch wirklich realisiert werden.

Henning Voscherau, Erster Bürgermeister (SPD) von Hamburg in „Die Woche“ vom 13. April 1995

Rundfunk und Fernsehen: Weitere Erhöhung der Gebühren unzumutbar

Zur Anmeldung eines zusätzlichen Finanzbedarfs von 9,6 Mrd. DM bis zum Jahr 2000 für ARD und ZDF erklärte der Medienbeauftragte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hans-Otto Wilhelm:

Durch die ständige Vermehrung von Zahl und Umfang der Programme haben die Rundfunkanstalten ihren Auftrag weit über die vom Verfassungsgericht festgelegte „Grundversorgung“ ausgedehnt. Bei einer Zahl von bundesweit über 50 öffentlich-rechtlichen Hörfunkprogrammen wird dies besonders deutlich.

Trotz ihrer Finanzkrise haben ARD und ZDF neuerdings die Absicht, auch noch zusätzlich Spartenprogramme auszustrahlen, z. B. einen Kinderkanal. Wegen dieser ständigen Expansion ist es nicht verwunderlich, daß ARD und ZDF mit den Gebühren nicht mehr auskommen.

Bei Erfüllung der Forderungen müßten die Gebühren um über 25 Prozent auf knapp 30 DM steigen, was nicht sozialverträglich wäre, da sie ja nicht – wie eine Steuer – nach Höhe der Einkommen gestaffelt werden.

Nicht zu rechtfertigen

Ein solcher Sprung ist auch nicht zu rechtfertigen, solange sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten nicht auf den Bereich der „Grundversorgung“ beschränken und nicht alle Möglichkeiten zur Rationalisierung im eigenen Bereich ausgeschöpft haben.

Da die Gebühren in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern in Europa bereits heute extrem hoch sind, kann eine weitere übermäßige Erhöhung den Gebührenzahlern nicht mehr zugemutet werden.

CO₂-Minderung schafft Arbeitsplätze

18.000 bis 20.000 Arbeitsplätze werden pro Förderjahr voraussichtlich über das Programm zur CO₂-Minderung im Gebäudebestand durch Altbau modernisierung geschaffen.

Dies ergibt sich aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Michaela Hustedt und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu diesem Förderprogramm. Die Bundesregierung geht in dieser Antwort ferner davon aus, daß durch das Programm Gesamtinvestitionen

von rund zwei Milliarden DM je Förderjahr ausgelöst werden.

Bundesbauminister **Klaus Töpfer:** Bisherige Erfahrungswerte mit vergleichbaren Programmen bestätigen, daß der Arbeitsmarkt entlastet wird und nachhaltige Investitionen in Gang kommen. Dieses neue Programm, das die Gebäudesanierung in den alten Ländern fördert, stellt einen weiteren Beitrag zu den Anstrengungen des Bundes dar, den CO₂-Ausstoß und den Energieverbrauch zu senken.

Europapolitische Leitlinien der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

In einem Pressegespräch Mitte April haben Ingo Friedrich (CSU), Co-Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament und Peter Kittelmann (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Gruppe und Koordinator für die Beziehungen zur CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Grundsatzpapier zu den „Europäischen Leitlinien der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament“ vorgestellt:

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament will sich künftig noch stärker an der Formulierung europäischer Programmatik in der nationalen Politik in Deutschland beteiligen. Gleichzeitig wollen die deutschen Christdemokraten in Zukunft noch mehr politische Verantwortung für die Europa-Politik innerhalb der EVP-Fraktion und damit im Europäischen Parlament übernehmen.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament sieht mit Sorge, daß die öffentliche Diskussion in Deutschland zunehmend von Zweifeln an der Notwendigkeit einer weiteren Integration Europas geprägt ist. Dabei wird die Schuld für national nicht gelöste Probleme häufig der europäischen Ebene zugewiesen. Die meisten der Kritiker übersehen jedoch, daß ein Großteil der Entscheidungen vom Europäischen Rat, also den versammelten nationalen Regierungen, getroffen wird. Gleichzeitig steigt die Unfähigkeit der Regierungen der Mitgliedsländer zum gemeinsamen Handeln in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, obwohl die Möglichkeiten schon jetzt gegeben wären. Internatio-

nale Probleme können eben nicht mit nationalen Mitteln gelöst werden. Wir brauchen daher in vielen Bereichen mehr statt weniger Integration.

Mit dem Maastrichter Vertrag hat das Europäische Parlament neue Rechte und damit eine deutlich stärkere Verantwortung im europäischen Entscheidungsprozeß erhalten, die in Deutschland noch nicht genug wahrgenommen wird. Es ist leider vielen Bürgern nicht klar, wer über was in

Es muß in Zukunft wesentlich mehr für die Vermittlung europapolitischer Fragestellungen in Deutschland getan werden.

Brüssel entscheidet. Um die Transparenz und demokratische Legitimität europäischer Entscheidungen zu erhöhen, soll die Folgekonferenz 1996 entscheiden, daß in allen Politikbereichen das Europäische Parlament und der Rat als gleichberechtigte Gesetzgeber auftreten.

Die beiden deutschen Europapolitiker bringen ihre Sorge über die wachsende Tendenz zur Stärkung nationaler Parlamente – auf Kosten des Europäischen Parlaments – zum Ausdruck. Allein das direkt gewählte Parlament sei jedoch in der Lage, sowohl die Kommission als auch – im Gesetzgebungs- und Haushaltsverfahren – den Rat zu kontrollieren. Einer Aushöhlung dieser Rechte müsse daher entgegen-

gewirkt werden. Es müsse außerdem noch wesentlich mehr für die Vermittlung europapolitischer Fragestellungen in Deutschland und in den Wahlkreisen getan werden. Die CDU/CSU-Gruppe werde deswegen jährlich Kongresse und Gespräche in den einzelnen Bundesländern organisieren, um insbesondere auch die Verbände der Wirtschaft, des Handwerks, die Gewerkschaften und die Landwirtschaft besser zu informieren und in die europapolitische Diskussion mit einzubeziehen. Der erste dieser Kongresse wird am 10. und 11. September 1995 in Berlin stattfinden. Dies werde ein wichtiger und konkreter Beitrag zu der vielfach erhobenen Forderung nach mehr Transparenz in der Europäischen Union sein.

Als besondere sachliche Schwerpunkte der Arbeit der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament stellen Ingo Friedrich und Peter Kittelmann insbesondere die nachfolgenden Punkte u. a. vor:

- 1.** Die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, Weiterbildung, Förderung der Teilzeitarbeit, produktivitätsorientierte Lohnpolitik in Verbindung mit Modellen zur Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer, stärkere Lohndifferenzierung und Begrenzung der Lohnnebenkosten.
- 2.** Die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion zum frühestmöglichen Zeitpunkt.
- 3.** Die Verknüpfung ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Aspekte muß zentraler Ansatzpunkt der europäischen Umweltpolitik sein. Die Einbeziehung der externen Umweltkosten in die Produktionskosten und der Einsatz ökonomischer Instrumente (z. B. Orientierung der Kfz-Mineralsteuer an ökologischen Kriterien) sind hierfür geeignete Mittel.

4. Schaffung eines wirklichen Eigenmittelsystems zur Finanzierung des EU-Haushaltes und die Finanzierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres über den allgemeinen EU-Haushalt.

5. Einführung europäischer Mindeststandards in der Sozialpolitik, insbesondere zum angemessenen Kündigungsschutz, einheitliche Regelung der atypischen Beschäftigung und endgültige Verabschiedung der Entsenderichtlinie.

6. Zügige wirtschaftliche und politische Einbindung der mittel- und osteuropäischen Staaten einschließlich des Baltikums in die EU.

7. Fortentwicklung von EUROPOL, zu einer europäischen Polizeieinheit mit operativen Handlungsbefugnissen, die der Weisung der Europäischen Kommission unterstellt ist und vom Europäischen Parlament kontrolliert wird. Die CDU/CSU-Gruppe wendet sich nachdrücklich gegen die Legalisierung der Verteilung und des Verbrauchs von Drogen.

8. Europäische Harmonisierung der Regeln über Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge, insbesondere die Harmonisierung der Einreisevoraussetzungen, die Regelung der Zuständigkeiten für die Durchführung eines Asylverfahrens und Harmonisierung der Aufnahmepolitik, vor allem bei der Familienzusammenführung.

Diese Ziele sollen auch Grundlage für eine intensive Zusammenarbeit mit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sein, dem Ausschuß des Deutschen Bundestages für die Angelegenheiten der Europäischen Union und mit den Arbeitsgruppen der Bundestagsfraktion, insbesondere der Arbeitsgruppe „Europa“ unter Leitung von Gero Pfennig, aber auch mit der Bundesregierung und den Landesregierungen, dem Kanzleramt und dem Bundesrat. ■

Leni Fischer:

Europarat und EU institutionell miteinander verknüpfen

Fragen an Leni Fischer, die Vorsitzende der EVP-Fraktion in der parlamentarischen Versammlung des Europarates, zu ihren Vorstellungen bezüglich einer Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Europäischer Union und Europarat in der Frage der Osterweiterung der Europäischen Union:

Frage: Ist die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Europarat und der Europäischen Union bei einer Erweiterung der EU um Staaten aus Mittel- und Osteuropa denkbar?

Leni Fischer: Eine weitergehende Zusammenarbeit des Europarates und der Europäischen Union ist besonders in der Frage der Erweiterung der EU um Staaten aus Mittel- und Osteuropa sinnvoll und sehr zu befürworten. Dafür ausgesprochen haben sich im übrigen am 7. April bei einem Zusammentreffen in Paris auch der Ministerrat der Europäischen Union unter französischer Präsidentschaft und die Europäische Kommission einerseits und das Generalsekretariat sowie das Ministerkomitees des Europarates andererseits.

Im Europarat sind schon seit einigen Jahren Staaten aus Mittel- und Osteuropa als Vollmitglieder vertreten: Ungarn seit 1990; Polen seit 1991; Bulgarien seit 1992; Estland, Litauen, Slowenien, die Tschechische Republik, die Slowakei und Rumänien seit 1993 und Lettland seit 1995. Albanien, Belarus, Kroatien, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Rußland sowie die Ukraine haben offiziell die Mitgliedschaft beantragt.

Der Europarat konnte somit bereits kontinuierliche politische Beziehungen zu die-

sen mittel- und osteuropäischen Ländern aufbauen und deren Reformprozesse beratend unterstützen. Mit seinen 150 Konventionen trägt er zur Stabilisierung der jungen und unsicheren Demokratien in Mittel- und Osteuropa bei, da mit ihnen die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen, die für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit notwendig sind, in den osteuropäischen Staaten ermöglicht wird.

Die Eingliederung der neuen Demokratien in die verschiedenen Arbeitsbereiche des Europarates ist damit praktisch der erste Schritt ihrer weiteren europäischen Integration.

Frage: Was erwartet der Europarat von der Regierungskonferenz 1996 für die Verstärkung der Zusammenarbeit?

Leni Fischer: Man könnte die Zusammenarbeit innerhalb der verschiedenen Institutionen vertraglich festlegen: zwischen dem Ausschuß der Regionen (EU) und dem Kongreß der Gemeinden und Regionen Europas (Europarat) sowie zwischen dem Europäischen Parlament (EU) und der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Dies könnte in verschiedenen Bereichen doppelte Arbeit vermeiden helfen, ein koordiniertes Vorgehen aller kompetenten Institutionen sicherstellen und eine umfassendere Arbeitsweise garantieren.

Eine Bestimmung im Maastrichter Vertrag wäre sinnvoll, die den Europarat als integralen Bestandteil der Entwicklung der Europäischen Union (ähnlich der WEU) definiert, damit er in bestimmten Bereichen, in denen sich der Europarat besonders stark engagiert, Entscheidungen und Aktionen der EU vorbereiten und durch-

führen kann. Diese traditionellen Tätigkeitsfelder des Europarates sind vor allem die Wahrung der Menschenrechte, die Kultur, die rechtliche Zusammenarbeit und das Programm zur Vorbereitung der osteuropäischen Reformstaaten auf die Mitgliedschaft im Europarat.

Die Fraktion der EVP im Europarat fordert die Europäische Union zusätzlich dazu auf, der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) beizutreten und somit eine institutionelle Verknüpfung zwischen dem Europarat und der EU sicherzustellen.

Frage: Welche Entwicklungen zeichnen sich in Rußland bezüglich des Konflikts in Tschetschenien ab und wie wird gegenwärtig das Beitrittsgesuch Rußlands im Europarat bewertet?

Leni Fischer: Die Aufnahme Rußlands in den Europarat bietet nach Ansicht der Parlamentarischen Versammlung die Chance, Millionen von Russen an demokratische und rechtsstaatliche Normen heranzuführen. Diese Gelegenheit wurde aber von Moskau selbst mit dem brutalen Eingreifen in Tschetschenien zerstört. Die Suspendierung des Beitrittsverfahrens durch die Parlamentarische Versammlung war somit die einzige Möglichkeit, deutlich zu machen, daß mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht experimentiert werden kann und darf. Der Unterausschuß für Menschenrechtsfragen wird sich im Monat Mai in Tschetschenien über die Lage vor Ort informieren und der Versammlung Bericht erstatten.

Exportverbot für gefährliche Abfälle

Mit der Annahme eines Vorschlags zum generellen Exportverbot gefährlicher Abfälle in Nicht-OECD-Länder ab Januar 1998 ist die Europäische Kommission einer langjährigen Forderung des Europäischen Parlaments nachgekommen.

„Wir haben damit einen späten, aber sehr wichtigen umweltpolitischen Erfolg erzielt“, erklärte der umweltpolitische Sprecher der EVP-Fraktion, Karl-Heinz Florenz.

Die Ausfuhr gefährlicher Abfälle zu Entsorgungszwecken in Drittländer ist bereits seit 1993 durch die europäische Verordnung zur Abfallverbringung verboten. Diese Regelung war dem Europäischen Parlament jedoch nie streng genug. Seit jeher forderte es die Ausdehnung dieses Exportverbots auch auf die Abfälle, die zur Verwer-

tung in diesen Ländern bestimmt sind. Nur so ließe sich europäisches Müll-dumping in Drittweltländer wirksam verhindern.

Bestätigt sah sich das Parlament in seiner Forderung dann 1994 durch den Beschluß der Vertragsstaaten des Basler Abkommens über die Verbringung gefährlicher Abfälle, ein solches Verbot in das Abkommen aufzunehmen. Der jetzige Kommissionsvorschlag setzt diesen Beschluß in europäisches Recht um.

„Ohne den massiven Druck von seiten des Parlaments hätte sich Frau Bjerregaard mit ihrem Vorschlag in der Kommission wohl kaum durchzusetzen vermocht. Ihr jetziger Erfolg hat ihr hoffentlich gezeigt, wo ihre eigentlichen Verbündeten sitzen“, so Florenz.

Die Familie konsequent stärken

Anlässlich der Veranstaltung „Politik bestimmt weiblich . . . 10 Jahre nach dem Essener Parteitag“ am 1. Mai in Essen erklärte die Bundesvorsitzende der Frauen-Union, Rita Süsmuth:

Der Essener Parteitag 1985 mit seinen „Leitsätzen für eine neue Partnerschaft zwischen Mann und Frau“ wurde von uns Frauen als Aufbruch erlebt, in der Öffentlichkeit als programmatische Entscheidung der CDU für eine konsequente Gleichberechtigungspolitik wahrgenommen und bewertet.

Bestimmend wurden: Offenheit für selbstbestimmte, partnerschaftliche Lebensplanungen und partnerschaftliche Arbeitsteilung von Frau und Mann, die klare Absage an Rollenfestlegungen, Teilhabe an allen Lebensbereichen, aktive Frauenförderung und Gleichberechtigungspolitik durch Abbau von Benachteiligungen und Diskriminierung, Förderung der Wahlfreiheit für Frauen und Männer durch Aufwertung der Familienarbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Rückkehr in den Erwerbsberuf, eigenständige soziale Sicherung.

Bis zum Jahr 2000 sollte die Gleichberechtigung durchgesetzt sein. Die Beschlüsse von Essen haben die praktische Gleichberechtigungspolitik in den vergangenen zehn Jahren entscheidend verändert, vor allem aber das Selbstbewußtsein der Frauen, ihre Erwartungen an Partnerschaft und ihren Beitrag in der Partnerschaft privat und öffentlich wahrgenommen. Frauen haben das Bild von den Fähigkeiten und Begabungen, den eigenen Sichtweisen und Vorstellungen, Probleme anzupacken und zu lösen, in der Öffentlichkeit entscheidend verändert. Gleichberechtigung, Partnerschaft, die veränderten Rollen von Frauen und Männern sind keine Randfragen, sondern Schlüsselfragen in nahezu allen Gesellschaften. Die Beteiligung der

Frauen an der Zukunftsgestaltung, an der Lösung der Menschheitsfragen bedeutet:

- Überwindung der Konfrontation durch konsequente Kooperation, Partnerschaft statt Herrschaft, Abbau von Armut und Bevölkerungsexplosion, Einhaltung von Menschenrechten und Frieden, Schutz und Erhalt der Umwelt, konsequente Abkehr von dem Antagonismus, d. h. dem unaufhebbaren Gegensatz von wirtschaftlicher und humaner Effizienz, verbunden mit der weltweiten Schwächung der Familie, bzw. des Zusammenhalts und der Förderung der elementaren humanen Werte wie Für-einander-Sorge-tragen, Miteinander-leben, Rücksichtnahme, Wertschätzung der Person – ob Kind oder älterer Mensch, ob Gesunder oder Kranker, Junge oder Mädchen, Frau oder Mann – Stärkung von Eigenverantwortlichkeit und Solidarität.

10 Jahre nach Essen ist Deutschland vereint. 40 Jahre Teilung beinhalten mehr gegensätzliche als gemeinsame Erfahrungen der Gleichberechtigungspolitik für Frauen, unterschiedliche Alltagserfahrungen und Erwartungen an zukünftige Gleichberechtigungspolitik. Gemeinsam ist uns die Erwartung an konsequente Überwindung der bestehenden und neuen Benachteiligungen, der Abkehr von überholten Erwartungen an eine Rückkehr zu traditionellen Aufgabenteilungen zwischen Mann und Frau, d. h. den Frauen die Familienaufgaben, den Männern die öffentlichen Aufgaben, Beruf und Politik.

Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, des Übergangs und dramatischer Veränderungen in allen Lebensbereichen. Offene Grenzen, weltweite Flüchtlingsströme, Armutsflüchtlinge, Bürgerkriegsflüchtlinge, politisch Verfolgte, neue brutale Kriege in und außerhalb Europas, wachsende Gegensätze zwischen armen und reichen Ländern, radikale Veränderungen in der

Arbeitswelt, Verschärfung der Konkurrenz, immer schnellere Veränderungen in Wissenschaft und Technik, mehr offene als gelöste Probleme. Unsicherheit und Verunsicherung, Ohnmacht des einzelnen machen sich breit, auch unter Tränen.

Die 1985 von und für uns Frauen gesetzten Ziele haben in den zentralen Punkten nichts von ihrer Gültigkeit verloren. Es hat in Konsequenz in der Umsetzung – trotz der beträchtlichen Anstrengungen in der Aufwertung der Familienarbeit – Erziehungszeiten im Rentenrecht, Erziehungsurlaub, Erziehungsgeld, Anerkennung der Pflegezeiten im Rentenrecht – vor allem in der Verbesserung der Rahmenbedingungen – familienergänzender Kinderbetreuung, Abstimmung zwischen Schul- und Arbeitszeiten, familienfreundlicher Arbeitszeiten gefehlt.

Die Folgen sind: neue Armutsrisiken für Frauen mit Kindern, Hauptbetroffene sind die Kleinstrentnerinnen, die Alleinerziehenden, die Familien mit Kindern und einem Familieneinkommen.

Wir haben in der CDU in den letzten zehn Jahren viel geleistet, aber die Situation unserer Familien hat sich nicht gefestigt, sondern destabilisiert.

Ehescheidungen, Alleinerziehende, Geschwisterlosigkeit, nichteheliche Partnerschaften bilden nicht die Ausnahme, sondern sind alltägliche Realität.

Der Mangel an Kinderbetreuung hat nicht abgenommen, sondern zugenommen, obwohl im Vergleich zu den 60er Jahren die Geburtenrate um 50 Prozent abgenommen hat.

Die Teilhabe der Frauen an der Erwerbsarbeit hat zugenommen, sie ist für die Frauen zu einer Selbstverständlichkeit geworden und für viele eine wirtschaftliche Notwendigkeit, aber die Teilhabe geht in vielen Fällen zu Lasten der Familienverträglichkeit.

Die Möglichkeiten, die eigenständige so-

ziale Sicherung der Frauen zu verbessern, nehmen ab, nicht zu. Arbeit in geringfügiger Beschäftigung, Anstieg von Frauen in der Sozialhilfe sind die Folge.

Die alten Instrumente reichen nicht zur Lösung der anstehenden Probleme.

Unsere wichtigsten Forderungen sind:

● Teilhabe der Frauen an der Zukunftsgestaltung in allen öffentlichen Bereichen verbessern:

Wir stehen nicht am Ende, sondern am Anfang einer aktiven Frauenförderungs politik.

Freiwilligkeit auf der Grundlage der Selbstverpflichtung hat den Anteil der Frauen an Ämtern und Mandaten in der CDU nicht durchgreifend verbessert. Daher brauchen wir verbindliche, d. h. verpflichtende Regelungen, Einführung des Quorums bzw. der Quote. Der zahlenmäßige Anteil ist eine unverzichtbare Voraussetzung für Machtzuwachs, d. h. für Einflußnahme und Gestaltung der Politik.

● Beteiligung und Verantwortung betrifft alle Politikbereiche:

Beteiligung von Frauen heißt andere Sichtweisen (ganzheitliche und pragmatische), Mut zu unkonventionellen Lösungen, z. B. bei der Kinderbetreuung, Pflege, familienfreundlichere Arbeitszeiten, Schaffung neuer Arbeitsplätze. Das gilt auch für die fortschrittlichen Initiativen und Arbeitsweisen von Frauen in den armen Ländern, in der Umweltpolitik und in der Friedensarbeit.

● Kleine Lebenseinheiten, vor allem die Familie konsequent stärken:

Die Debatte zum Wirtschaftsstandort Deutschland läßt Entscheidendes aus. Wir brauchen eine grundlegende öffentliche Debatte zum Familienstandort Deutschland. Das betrifft alle: Frauen und Männer, Kinder und ältere Menschen. ■

Abzeichen und Urkunden zur Mitgliederehrung

Urkunden

– Neu – alle Urkunden im Format DIN A4 sind mit einem geprägten CDU-Zeichen versehen und wurden auf hochwertigem Urkundenkarton gedruckt. Passend zu diesen Urkunden wurden auch die Mappen aus einem neuen Material hergestellt.

- **neutral (DIN A4)**, Bestell-Nr.: 0397
- **„25 Jahre“ (DIN A4)**, Bestell-Nr.: 0396
- **„30 Jahre“ (DIN A4)**, Bestell-Nr.: 0245
Verpackungseinheit jeweils: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 19,- DM
- **Mappen für Ehrenurkunden (DIN A4)**
Bestell-Nr.: 0247
Verpackungseinheit: 25 Expl.
Preis je 25 Expl.: 18,50 DM
- **„40 Jahre CDU-Mitglied“ (DIN A3)**
Bestell-Nr.: 0644
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 30,- DM
- **„50 Jahre CDU-Mitglied“ Urkunde (DIN A3) mit Mappe**
Bestell-Nr.: 0071
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je 5 Expl.: 30,- DM
- **„Für besondere Verdienste“ (DIN A3)**
Bestell-Nr.: 0449
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 30,- DM
- **Mappe für Ehrenurkunden (DIN A3) Nr. 0644 und 0449**
Bestell-Nr.: 0517
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 30,- DM

Ehrenabzeichen

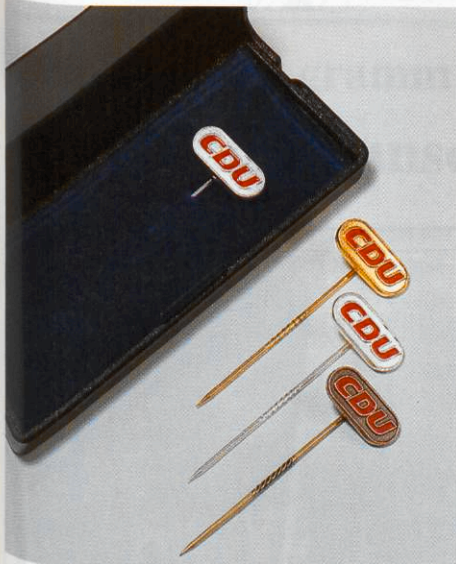
(lieferbar ab Mitte Mai)

– Neu – alle Ehrenabzeichen werden mit Etui geliefert

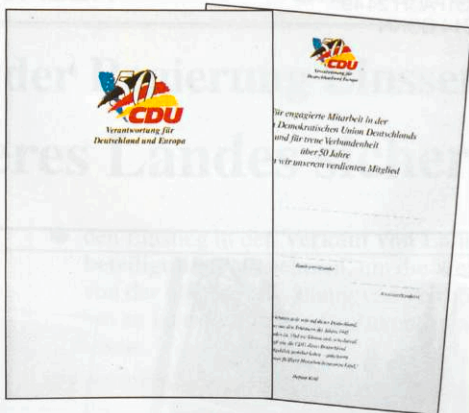
- **Ehrenabzeichen in Bronze (25 Jahre) mit Etui**
Bestell-Nr.: 0072 mit langer Nadel
Bestell-Nr.: 0078 mit Sicherheitsnadel (für Damen)
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 22,50 DM
- **Ehrenabzeichen in Silber (40 Jahre) mit Etui**
Bestell-Nr.: 0073 mit langer Nadel
Bestell-Nr.: 0079 mit Sicherheitsnadel (für Damen)
Verpackungseinheit: 10 Expl.
Preis je 10 Expl.: 25,- DM
- **Ehrenabzeichen in Gold (50 Jahre) mit Etui**
Bestell-Nr.: 0074 mit langer Nadel
Bestell-Nr.: 0080 mit Sicherheitsnadel (für Damen)
Verpackungseinheit: 5 Expl.
Preis je 5 Expl.: 15,- DM
- **Ehrenabzeichen für besondere Verdienste, mit Etui**
Bestell-Nr.: 0432
Verpackungseinheit: 1 Expl.
Preis je 1 Expl.: 14,- DM

Bestellungen an:

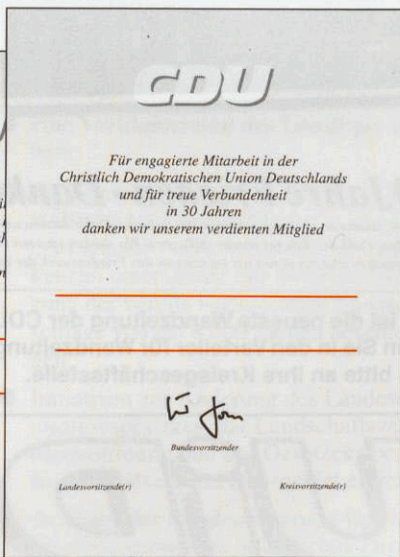
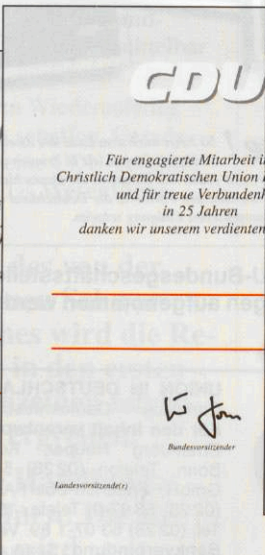
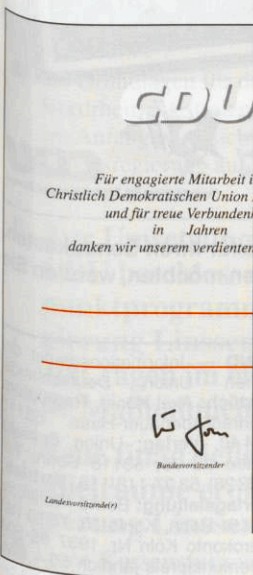
IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21



● Ehrenabzeichen



● Urkunde mit Mappe



● Urkunden

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



50 Jahre Frieden - Danke!

50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges leben wir in Frieden und Freiheit zusammen in einem vereinten Deutschland. Dafür danken wir den Frauen und Männern, die Deutschland nach dem Ende des Krieges wieder aufbauten. Wir danken unseren Freunden und Partnern, die Deutschland die Hand reichten und mit denen wir gemeinsam das Friedenswerk der europäischen Einigung schufen.



Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

UiD

15/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119. Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Profflich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. Herstellung: ~~WA~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.